

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

55 (16.7.1946)

Das demokratische Gewissen

Von Fritz Hauk

Es gibt nur eine Macht, das Gewissen im Dienst der Gerechtigkeit, und es gibt nur einen Ruhm, das Gewissen im Dienst der Wahrheit.

Diese Philosophie zwängt uns zur demokratischen Verantwortung. Diese Verantwortung fordert von uns ein reines, wahrhaftes Gewissen in unserem Denken und Handeln zu schaffen, daß es der Kritik unserer Notzeit standhält.

Wir kennen die Schwierigkeiten, mit denen die lebende Demokratie zu schaffen hat. Wir wissen auch, daß die zweite deutsche Demokratie nur dann lebensfähig sein wird, wenn sie auf einem festen, stabilen Fundament aufgebaut wird.

Man hat die Weimarer Verfassung vor dem Hintergrund als die freieste Verfassung der Welt gerühmt. Mir selbst ist sie im Wortlaut und Theorie etwas außerordentlich Großes erschienen.

Nach der Hindenburg-Wahl im Jahre 1925 wurde die Forderung laut: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten.“ Dieses Verlangen kam von den Reichspräsidenten. Für den ersten Präsidenten der Sozialdemokraten Ebert, wurde diese Forderung nicht erhoben.

Meine persönliche Meinung geht dahin, daß der Artikel 1 der Weimarer Verfassung: Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus, sinngemäß in dem neuen Verfassungswerk verankert werden kann; d. h. alle Macht dem vom Volke gewählten Landparlament.

Ich glaube, diese drei Beispiele aus der alten Verfassung dürfen zeigen, daß die neuen Verfassungswerke einen gesunden demokratischen Rahmen zu setzen, den man mit einem reinen demokratischen Gewissen füllen kann.

1. Mehr Macht den Gewerkschaften und Betriebsräten. 2. Ausschaltung aller faschistischen und reaktionären Elemente aus dem Staats- und Verwaltungsapparat.

Man wird wohl kommen und sagen, das ist un-demokratisch. Das deutsche Volk muß darauf seine Antwort geben. Denn es ist fern dem Erkenntnis seiner großen Not, ist fern dem Ländern ohne unbegrenzten Reichtum, muß daher von unten auf solche Gesetze schaffen, die dazu verpflichten, gemeinsam zu leiden und zu tragen.

Hannover, 15. Juli. (DANA) Der Vorstand der SPD beschäftigte sich in seiner Sitzung am 12. Juli in Hannover mit dem Problem, die sich aus der anhaltenden wirtschaftlichen Lähmung, der Ernährung und Wohnungskrise, sowie der Unsicherheit über das zukünftige staatliche und nationale Schicksal des deutschen Volkes ergeben.

Die SPD wird ihre Bemühungen, in Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten eine Besserung der Lebensbedingungen und eine befriedigende Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes herbeizuführen, fortsetzen.

Weltgewerkschaftsbund über Deutschlandreise
Berlin, 15. Juli. (DANA) Eine aus Vertretern des Weltgewerkschaftsbundes zusammengesetzte Kommission, die im vergangenen Februar eine Rundreise durch die vier Besatzungszonen Deutschlands unternommen hat, wird in den nächsten Wochen nach Berlin kommen.

Gespräch mit Paul Löbe

Verfassungsfragen — SPD in der gesamten Ostzone

Dieser Tage wollte Paul Löbe, der von 1920 bis 1932 als Präsident an der Spitze des Deutschen Reichstages stand, in Stuttgart, Paul Löbe war eine der markantesten Erscheinungen im Kreise der namhaften sozialdemokratischen Politiker.

„Es werden heute sehr zersplitterte Urteile über die Verfassung von Weimar laut. Die meisten sehen in ihr die vollkommenste demokratische Verfassung, die es überhaupt gegeben hat, und neben dieser Verfassung keinerlei Schuld an der verhängnisvollen Entwicklung, die zur Hitler-Diktatur geführt hat.“

„Der zweite größere Mangel des Weimarer Systems besteht in der Parteienzersplitterung. Gegen diese sind ja jetzt schon wirksame Maßnahmen bei den eben vollzogenen Wahlen getroffen worden und ich glaube, es genügt, wenn diese Maßnahmen auch in der zukünftigen Verfassung verankert werden.“

München, 15. Juli. (DANA). „Die Hintergründe des Ministerwechsels sind nicht technischer Art, sondern absolut politischer Natur“, erklärte Heinrich Schmitt am Sonntagvormittag in einer Rede über das Thema „Die wahren Gründe zu meinem Rücktritt“ in einer Versammlung der KPD.

„Besondere Schwierigkeiten“, führte Schmitt aus, „gab es bei der Definition des Begriffs der Nutnießer. „Im dem Augenblick, da wir die Kriegswirtschaft in einer gerechten Entnazifizierung bewerteten.“

Die Kreistelle Karlsruhe des Bundes chem. pol. KZ-Leute und pol. Verfolgte Karlsruhe und Umgebung sendet uns folgende Zuschrift: „Das neue Gesetz zur Wiedergutmachung, wonach die politischen, rassischen oder religiösen Gründe...“

Die CDU Söllingen und politisch Verfolgte
Die Kreistelle Karlsruhe des Bundes chem. pol. KZ-Leute und pol. Verfolgte Karlsruhe und Umgebung sendet uns folgende Zuschrift: „Das neue Gesetz zur Wiedergutmachung, wonach die politischen, rassischen oder religiösen Gründe...“

Auf Grund des abschlägigen Bescheides hat sich die Pflegemutter des Hockenberger in ihrer Notlage an die zuständige Militärregierung in Karlsruhe gewandt. Die Militärregierung verwies die Angelegenheit an die zuständige Organisation der politischen Verfolgten.

Greisers Gnadengesuch abgelehnt
Potsdam, 15. Juli. (AP) Nachdem der polnische Präsident das Gnadengesuch des zum Tode verurteilten ehemaligen Gestapo-Leiters Greiser abgelehnt hatte, hat der Delinquent sich am 12. Juli an den Papst mit der dringenden Bitte gewandt, ihn vom Galgen zu retten.

Nachrichten aus den Zonen
Frankfurt, 15. Juli. (DANA) Die französische Militärregierung hat die Bestimmungen für das Sperrgebiet entlang der deutsch-österreichischen Grenze aufgehoben.

Wesel. Ein Kunstschäfer aus Stadt, dessen Wert auf mehrere Millionen Mark geschätzt wurde, wurde auf dem Friedhof der Stadt in einem Grab entdeckt.

Wuppertal, 15. Juli. (AP). Der frühere höhere SS- und Polizeiführer von Frankreich Albrecht Oberberg, der ehemalige Oberst und Gestapo-Mitglied der Straßburger Gestapo Wilhelm Schneider wurden am 11. d. Mts. von einem britischen Militärgericht wegen Teilnahme an der Erschießung von 60 gefangenen britischen Fliegern zum Tode verurteilt.

Das freie Wort

Der Betriebsrat der Baunehmung Ludwig Leich, Karlsruhe, schreibt über: „Umlageabregelung im Baugewerbe“

folgendes: Als der Ruf der vier Parteien kam „Räumt den Schutt weg! Baut auf!“ haben viele Bauarbeiter dem Ruf Folge geleistet. Ein großer Teil von ihnen ist seit vorigem Jahr, seit Mai/Juni, tätig.

Ob die Besatzungsmächte sich auf dieser Basis einigen werden, entzieht sich bis zur Stunde unserer Kenntnis. Wenn es nicht geschieht, dann werden die Kommunalwahlen, die im Herbst dieses Jahres in der russischen Zone abgehalten werden sollen, kein reines Bild der politischen Struktur ergeben.

Heinrich Schmitt sagte, daß er sich noch zu dem innersen Komitee, wie sein Nachfolger, der jetzige Minister für Sonderaufgaben, Dr. Pfeiffer, den bayerischen Ministerpräsidenten aufsuchte und dort die Frage erwar, ob man die Verhandlungen überhaupt noch fortführen sollte.

Im weiteren Verlauf seiner Rede gab Heinrich Schmitt seinen Ueberblick über den Aufbau des Ministeriums, das gegenwärtig über 100 Personen zähle. Dazu kämen noch 153 Spruchkammern und 3000 Mitglieder.

Die Hintergründe des Ministerwechsels sind nicht technischer Art, sondern absolut politischer Natur, erklärte Heinrich Schmitt am Sonntagvormittag in einer Rede über das Thema „Die wahren Gründe zu meinem Rücktritt“ in einer Versammlung der KPD.

Der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete August Streufert, geb. am 5. Aug. 1887, wurde im September 1944 in das KZ Neugamme als Häftling Nr. 43 387 eingeliefert.

Frauen und Wiederaufbaubarbeit
Berlin, 15. Juli. (DANA). Alliierte Kontrollbehörde, Kontrollratsgesetz Nr. 32: Beschäftigung von Frauen bei Bau- und Wiederaufbaubarbeiten.

Todesurteil für früheren Gestapo-Chef
Wuppertal, 15. Juli. (AP). Der frühere höhere SS- und Polizeiführer von Frankreich Albrecht Oberberg, der ehemalige Oberst und Gestapo-Mitglied der Straßburger Gestapo Wilhelm Schneider wurden am 11. d. Mts. von einem britischen Militärgericht wegen Teilnahme an der Erschießung von 60 gefangenen britischen Fliegern zum Tode verurteilt.

Erste Urteile in Versailles
Versailles, 15. Juli. (DANA). Jean Berthelot, ehemaliger Verkehrsminister der französischen Vichy-Regierung, wurde am Mittwoch vom Obersten französischen Gerichtshof in Versailles zu zwei Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre verurteilt.

Todesurteil in Dachau
Dachau, 15. Juli. (DANA). Gustav Heide mann wurde für die Beteiligung an der Ermordung eines sowjetischen amerikanischen Fliegern in der Nähe von Tidische (Bez. Braunschweig) am 30. Mai 1944, von dem Militärgericht in Dachau am 9. d. Mts. zum Tode durch den Strang verurteilt.

Urtell gegen Student widerrufen
Bad Oeynhausen, 15. Juli. (DANA). Wie das brit. Hauptquartier bekanntgab, wurde das am 10. Mai gegen den ehem. Generaloberst der Luftwaffe, Student, durch ein brit. Militärgericht in Lüneburg ausgesprochenes Urteil von fünf Jahren Gefängnis widerrufen.

